

Notizen von der Querfront (März ´25)

Im nächsten Bundestag formiert sich die Querfront neu. Mit der AfD und der wiederauferstandenen Linken – ohne Wagenknecht, aber weiterhin vereint für das Terrorregime in Russland und gegen die „kriegslüsterne“ NATO.

So organisierte die Linke Wetterau – das liegt in Hessen! – jüngst einen Abend mit der unentwegten Kreml-Trommlerin Gabriele Krone-Schmalz. Vierhundert Menschen kamen und waren nach örtlichen Schilderungen begeistert vom Vortrag der früheren ARD-Moskau-Korrespondentin, die Erklärungen sucht für ihre gigantische Fehleinschätzung von 2022, dass Putins Großmanöver an der ukrainischen Grenze nicht als Vorbereitung eines Überfalls zu werten gewesen sei. Der Westen habe die einmalige Chance verpasst, einen von Hause aus verträglichen Wladimir Putin als friedliebenden Partner zu gewinnen.

Man fühlt sich dabei erinnert an eine TV-Szene während Wagenknechts zweiter Friedenspropagandashow am Brandenburger Tor, als eine ältere Frau ins Mikrofon schluchzte: “Sie haben ihn so provoziert, sie haben ihn so provoziert.“ Gemeint war der Waldimir, von Hause aus doch so ein guter Kerl.

Dieses Lamento hätte von einer Comedyszene mitten aus dem Hinterhofalltag stammen können, wo der beschützende Pitbull einer älteren Dame den Nachbarn zerfleischt, nachdem diesem ein zu lauter Pups im Treppenhaus herausgerutscht war. Was die Halterin dem Polizisten wiederum als kaum vorwerfbares Zeichen für die unbedingte Treue ihres Tieres verständlich zu machen versucht.

Für die Querfrontparteien liegt die Kriegsschuld immer auf Seiten des Westens und nie bei dem Aggressor in Moskau. Und die Linke ist auch nach der Spaltung durch Putins ehrgeizige Angstbewirt-

schafterin immer noch voll mit dabei, wenn es darum geht, die historische Wahrheit feindbildgemäß umzugruppieren.

Die Querfront im Bundestag existiert also noch - auch ohne Putins Wagenknechte. Die verlustig gegangenen BSW-Mandate sind von AfD und der wiedererstarkten Linken locker aufgefangen und sogar überholt worden. Im letzten Bundestag brachten es AfD und Linke (später Linke u. BSW) zusammen auf 122 Mandate, nunmehr sind es sogar mit 216 Mandaten 94 mehr als beim Ampel-Votum 2021. Auf die AfD entfallen davon 152 (+ 69) und auf Die Linke 64 (+ 25) Sitze.

Draußen bleibt draußen

Derweil fruchteten alle verschwörerischen Thesen und Einsprüche in Karlsruhe nichts, um Wagenknechts Kadertruppe doch noch im neuen Bundestag über fünf Prozent zu hieven. Die Bundeswahlleiterin Ruth Brand hatte nicht mehr als 4,982 Prozent der Stimmen zu bieten. 9.000 zu wenig. Dass es ausgerechnet die nicht zeitig eingegangenen Wahlzettel der Auslandsdeutschen gewesen sein könnten, die am Ende zum Sprung in den Bundestag fehlten, entbehrte jeder Plausibilität und Nachweisbarkeit.

Vorbei ist damit auch die nach den Wahlen im Osten aufgekommene Schwärmerei in den Medien, wonach die kluge Sahara in Deutschland künftig ein „Machtfaktor in der deutschen Politik“ darstellen würde, wie zum Beispiel der nicht weniger kluge Publizist Heribert Prantl verkündete. Ihr letzter Bundestagsauftritt endete mit einem Eklat. Das Häuflein an BSW-Abgeordneten gestattete sich eine putinpazifistische Protestaktion, in dem sie Transparente hochhielten mit der Aufschrift „1914 wie 2025: Nein zu Kriegskrediten“- eine Lokusparole mitten aus der Geschichtsfälscherwerkstatt an der Saarschleife.

Zuvor hatte Putins getreue Helferin schon dem Kanzler in spe mit seinem „Schuldenermächtigungsgesetz“ weltkriegerische Absichten unterstellt und die Grünen der „Kriegsverrücktheit“ bezichtigt.

Ausgerechnet die Bundestagsvizepräsidentin von der Linken, die gescheit gewordene Petra Pau, musste daraufhin den Abgeordneten des BSW für ihre bizarre Plakataktion einen Ordnungsruf erteilen und sie daran erinnern, was ein zweiter Ordnungsruf zur Folge haben würde. Dann nämlich wäre die Wagenknecht nicht nur als eine abgewählte, sondern auch als eine rausgeworfene Volksvertreterin geendet.

„Wir schaffen das“

Bliebe die Frage nach der künftigen Rolle der BSW-Gründerin. Erst hatte sie die Prüfung ihres Verbleibs in der Politik für den Fall eines parlamentarischen Scheiterns in Aussicht gestellt. Doch als der *worst case* dann eintrat, wollte sie sich so rasch von ihrem im russlandfreundlichen Osten so erfolgreichen Projekt dann doch nicht trennen.

Das verheißt freilich nichts Gutes für ihre Ministerinnen und Minister in Thüringen und Brandenburg und die tolerierenden Landtagsabgeordneten in Sachsen, die allesamt mit massiver ideologischer Einflussnahme auf ihre Arbeit und ihr Abstimmungsverhalten im Kabinett, Landtag und Bundesrat zu rechnen haben. Ebenso sind Machtkämpfe, Abwahlen, erzwungene und verweigerter Rücktritte in den betreffenden Landesverbänden und Regierungen mit BSW-Beteiligung zu erwarten. Von erneuten Spaltungen des ganzen „linkskonserativen“ Projektes nicht erst zu reden.

Schon im Bundesrat ertrotzte das BSW beim Sonderschuldenpaket Militär eine Stimmenthaltung ihrer Länderregierungen von Thüringen und Brandenburg, während die Linke die Zustimmung ihrer sozialdemokratischen Regierungschefs in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern nicht verhindern konnte. Das dürfte feindselige Verratslegenden auf Seiten des immer noch tief beleidigten BSW gegen ihre frühere Genossen zur Folge haben.

Gleichzeitig ist aber zunächst davon auszugehen, dass Wagenknecht & Lafontaine über fragwürdige Friedenspropagandaaufzüge in die Rolle eines außerparlamentarischen Arms der Querfront zu schlüpfen versuchen, um die Wehrhaften im Lande ins schiefe Licht der „Kriegsbesoffenheit“ zu rücken. Man darf gespannt sein, wie sie dort die durchsichtigen Friedensbemühungen des erratischen Psychopathen im Weißen Haus mit ihrem notorischen Antiamerikanismus in Einklang zu bringen versuchen. Wohl eine weitere bizarre Pointe der Querfront-Denke ist zu erwarten. Dieser Tage tönte schon eine ARD-Journalistin bei „Maischberger“, Trump würde uns doch bei aller sonstigen Empörung über ihn beweisen, dass wir zu wenig diplomatisch unternommen hätten.

“Ich verspreche Ihnen: Wir kommen wieder“. Diese trotzig Drohung war die letzte parlamentarische Verlautbarung einer an ideologischer Verblendung und falschem Ehrgeiz Gescheiterten. Sie erinnerte ein wenig an die Worte Rudi Dutschkes am Grab des bei einem Hungerstreik ums Leben gekommenen RAF-Terroristen Holger Meins von 1974: “Holger, der Kampf geht weiter.“ Doch der endete in einer Katastrophe, die das Land nachhaltig erschüttern sollte.

Herzensprojekt Spaltung

Die BSW-Blamage bei der Bundestagswahl verdeutlichte erneut, dass die Postkommunisten – ganz gleich in welcher populistischen Verkleidung – im Westen der Republik noch immer kaum etwas auszurichten vermögen. Das war schon zu Lafontaines und Diether Dehms Zeiten so, als man ohne Erfolg die Zusammenlegung der PDS mit der WASG als ehrgeiziges Westerweiterungsprojekt anging.

Dies dürfte nunmehr zur Konsequenz haben, dass Wagenknecht auf ihr ursprüngliches Herzensprojekt zurückgeworfen wird. Die Rückabwicklung der Deutschen Einheit im Osten, doch diesmal an der Seite der AfD, nachdem man im Wettstreit mit ihr bei der Bundestagswahl klar unterlegen war. Erste Neuorientierungsversuche sind schon

erkennbar. So markierte Wagenknecht von draußen die Nicht-Wahl des AfD-Kandidaten Gerold Otten zum Bundestagsvizepräsidenten als „Idiotie“, mit der AfD-Wähler „geohrfeigt“ würden, der Bundestag die Polarisierung im Lande vertiefe und die Opferinszenierung der Weidel-Partei fördere. Nun, wer noch nie einen Sinn entwickelte für die Unterscheidung zwischen Demokratie und Diktatur oder die für den Westen lebensnotwendige Unterstützung der Ukraine, dem dürften auch die Argumente gegen die Vertretung einer verfassungsfeindlichen Partei im Bundestagspräsidium fremd sein. Den Parteien der Mitte mit ihrer Brandmauer und ihren beiden Schuldenpaketen wird ohnehin jede moralische Berechtigung abgesprochen, sich über die Rechtspopulisten noch zu erheben.